14.NOV.33

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 46 • 36. Jahrgang — Berlin, den 15. November 1930

Für die Unternehmer — gegen die Arbeiter

Der letzte Sonntag hat den Unternehmern in allen Lagern Stunden reiner ungetrübter Freude gebracht, als sie die Entscheidung der Schlichter im Berliner Metallkonflikt durch die Tageszeitungen beim Morgenkaffee serviert bekamen. Selten sind Unternehmerwünsche so restlos in Erfüllung gegangen; sie werden selbst aufs höchste über ihren vollen Erfolg erstaunt gewesen sein. Niemand hatte diesen Ausgang nach dem heroischen Kampf der Berliner Metallarbeiter erwartet, und die Gewerkschaften werden es sich für die Folge sehr überlegen müssen, das Schicksal Hunderttausender von einer bindenden Entscheidung „Unparteiischer" abhängig zu machen.

Das Schiedsgericht hat in seinem bindenden Schiedsspruch einstimmig festgelegt, daß die bisherigen Tarifmindestlöhne für die Berliner Metallarbeiter ab 17. November um 3 Prozent gekürzt werden und ab 19. Januar um weitere 5 Prozent; für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren ist auf eine Lohnkürzung von insgesamt 6 Prozent entschieden worden. Die gesamte Lohnkürzung von 8 Prozent, die schon der erste Schiedsspruch brachte und gegen den mit schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln angekämpft wurde, ist auf einige Wochen verschoben worden, weil, wie es in der Begründung des Schiedsspruchs heißt, sich „die Senkung der Lebensmittelkosten erst auszuwirken beginnt und der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen".

Wir können dazu nur sagen, daß man im Arbeiterhaushalt von einem Sinken der Lebensmittelpreise überhaupt nichts spürt, und fürchten, daß in absehbarer Zeit von einer Senkung nicht die Rede sein wird, wenn die Regierung nicht einen fühlbaren Zwang auf jene Kreise ausübt, die die Preisgestaltung der Lebensmittel und der gewerblichen Produkte — beides ist ja voneinander gar nicht zu trennen — in der Hand haben. Wir halten die Regierung, selbst wenn sie das wollte, für viel zu schwach, sich gegen die Unternehmer und gegen die Preiskartelle durchzusetzen. Das Schiedsgericht sagt in seiner Begründung weiter, es hat „Kenntnis gewisser, bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und ist der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte sowohl wie auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird".

Nun, die Arbeiterschaft hat diese Kenntnis nicht, hegt auch starke Zweifel, daß Zusicherungen, wenn sie gegeben worden sind, in vollem Umfange eingehalten werden. Außerdem, was ist mit einem Preisabbau, wenn er wirklich eintritt, woran wir, wie gesagt, nicht glauben, denn nun eigentlich gewonnen? Bewegt sich ein versprochener Preisabbau in Höhe der Lohnkürzung, so bleibt doch alles beim alten; er müßte doch ein Vielfaches des Lohnabbaus betragen, wolle er eine merkliche Erleichterung der Wirtschaftskrise und eine Zuführung der Arbeitslosen in größerer Zahl in die Betriebe bewirken. Und das ist es doch, worauf es ankommt.

Die Arbeiterschaft sieht aus diesem Schiedsspruch nur, daß ihr neue schwere Opfer auferlegt werden, sie soll schöner Versprechungen wegen ihre erbärmliche Lebenslage weiter verschlechtern und zur Kapitalbildung beitragen. Die Unternehmer werden zu nichts verpflichtet, Bedingungen, die zwingend sind, werden ihnen nicht gestellt. Sie haben völlig freie Hand und zuerst einmal einen erhöhten Gewinn, den sie beliebig verwenden können, zur Preisherabsetzung, wenn sie wollen, oder zur Verschiebung ins Ausland. Niemand kann ihnen etwas anhaben.

Die Schlichter haben in der Begründung ihrer Entscheidung das Lohnkonto als einen wichtigen Bestandteil der Gestehungskosten bezeichnet, so daß an ihm nicht vorübergegangen werden kann. Wir möchten im Zusammenhang damit den Arbeitslohn als Kostenelement der Wirtschaft einer näheren Betrachtung unterziehen und auf Ausführungen verweisen, die Kollege Eggert vom Vorstand des ADGB. in einem Rundfunkvortrag am Abend des 3. November gemacht hat, an demselben Tage also, da die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung und Pflichtarbeit als das Allheilmittel zur Gesundung der Wirtschaft und als Ausweg aus der Wirtschaftskrise proklamierte. Kollege Eggert sagte in diesem Vortrag, es würde vollkommen übersehen, daß Löhne und Gehälter eine völlig andere Funktion in der modernen Wirtschaft haben als etwa Rohstoffpreise und Kapitalzinsen. Löhne und Gehälter sollen nicht nur die Arbeitskraft erhalten, sondern haben in der modernen Wirtschaft die unerläßliche Funktion, den Verbrauch zu regeln und — das ist der Sinn allen technischen und wirtschaftlichen Fortschritts — den Verbrauch zu steigern. Auf die jetzige Krise angewendet, kann der Unterschied etwa so ausgedrückt werden: Senkung der Rohstoffpreise und des Kapitalzinses bedeutet Antrieb zur Überwindung der Wirtschaftskrise, Senkung der Löhne und Gehälter hingegen bedeutet das Einschalten eines Hemmnisses ihrer Überwindung. Der Ausfall des Arbeitnehmereinkommens für das erste Halbjahr 1930 wird vom Institut für Konjunkturforschung auf 1850 Millionen Mark geschätzt. Für das laufende Jahr wird man auf mindestens 4 Milliarden Mark kommen. Das sind nahezu 10 Prozent des gesamten Einkommens aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Folge hiervon ist, daß die Kleinhandelsumsätze einen großen Rückgang aufweisen. Die Schäden würden sich gewaltig vergrößern, wenn ein Einbruch in die Löhne und Gehälter erfolgen würde. Würde z. B. ein allgemeiner Abbau der Tariflöhne und Gehälter um 8 Prozent eintreten, so würde zu dem bisherigen Verdienstausfall von ungefähr 4 Milliarden Mark ein weiterer Ausfall von nahezu 3 Milliarden hinzutreten. Mit einem solchen Einkommensrückgang wäre ein weiterer Umsatzrückgang verbunden, der sich überaus unheilvoll auswirken und den Ablauf der Wirtschaftskrise erschweren würde.

Auf die Gefahr, die eine Lohnkürzung bringt, ist von den Gewerkschaften oft genug hingewiesen worden. Ihre Vorschläge zur Hebung der Wirtschaftslage fanden bei den Schlichtern keine Beachtung, nur die Argumente der Unternehmer schlugen durch; ihren Forderungen wurde Rechnung getragen. „Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalls hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat." Das wissen wir, und darum bedauern wir die Fehlentscheidung, die ein Schlag gegen die Gewerkschaften und das Schlichtungswesen bedeutet. Die Entscheidung erschüttert das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Schiedsgerichten und verweist die Arbeiter auf die Kraft der Gewerkschaften, die wesentlich verstärkt werden muß. Bei allen Lohnkonflikten wird die Arbeiterschaft auf sich allein angewiesen sein. Es ist gut, sie weiß nun, daß ihr von keiner Seite Hilfe zuteil werden wird. Die Gewerkschaften werden kein Mittel unversucht lassen, den durch diesen Schiedsspruch drohenden Einfall in die Lohnpositionen der Arbeiterschaft abzuwehren. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter ist auch unser Kampf; wir werden ihn weiterführen und wahrscheinlich in den kommenden Tagen dazu Gelegenheit haben. An die Kollegenschaft ergeht die Mahnung, sich bereit zu halten, damit uns die Unternehmer wohl gerüstet finden.

Lohnabbau ist wirtschaftlich unglaublich dumm

Die sozialen Kämpfe in Deutschland werden von unseren ausländischen Freunden mit der größten Aufmerksamkeit beobachtet. Wissen sie doch ganz genau, daß davon auch der Lebensstandard der Arbeiter anderer Länder abhängt. Ein scharfer Beobachter ist die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung", die in ihrer Nummer vom 1. November sich über die deutsche Krise folgendermaßen ausläßt:

„Die Lohnabbaupolitik ist aber auch wirtschaftlich unglaublich dumm. Deutschland braucht heute eine Ankurbelung seines Innenmarktes durch die Schaffung kaufkräftiger Massen. Die Produktion sinkt heute überall. Der Stahlverein meldet beispielsweise einen Umsatzrückgang von 194 Millionen Mark oder um 13,8 Prozent. Deutschland braucht Millionen, die imstande sind, ein neues Produkt der Stahlindustrie aufnehmen zu können. Das kann der ganzen Sachlage entsprechend nur das billige Volksautomobil sein. Aber wie sollen Arbeiter Autos kaufen können, wie das amerikanische Arbeiter imstande sind, wenn man ihnen vorerst den Lohn stiehlt, aus dem sie bis heute nur das Allernotwendigste anschaffen konnten? Es wäre manches sicherlich tragbarer, wenn nicht zu gleicher Zeit, da eine Senkung des Arbeitslohnes mit allen Mitteln herbeigeführt wird, ein Aufbau des Kapitallohnes mit den verbrecherischsten Mitteln erzwungen würde. Das deutsche Kapital verläßt Deutschland und flüchtet sich in die Schweiz, nach Holland, Schweden und den Vereinigten Staaten. Die Banken all dieser Länder wissen, wie unglaublich hoch das deutsche Kapitalangebot gegenwärtig ist. Die deutsche Wirtschaft wird von ihren Kapitalisten systematisch ausgebluted. Die Kapitalknappheit wird mit den Mitteln der Kapitalflucht künstlich herbeigeführt. Aus einem Deutschland, das in Not ist, flüchtet sich das deutsche Kapital über die schweizerische Grenze; es desertiert und übt wirtschaftlichen Hochverrat. Alle jene deutschen Kapitalisten, die gerade heute ihr Geld in unsere Banken flüchten, verraten Deutschland, sein Volk und dessen Wohlfahrt. Gäbe es einen Richter — man könnte für sie die Galgen nicht hoch genug bauen. Das muß man diesem Gesindel aus der Schweiz heraus deutlich und unmißverständlich sagen."

So denken die ausländischen Arbeiter über den Widerspruch hierzulande, der darin besteht, daß man den Arbeitern eine Lohnsenkung zumutet und in dem gleichen Augenblick eine Verteuerung der Kapitalkosten um ein beträchtliches Mehr eintreten läßt. Das Urteil über diese Methode ist hart, aber durchaus berechtigt.

Erweiterter Machtbereich des Papierkonzerns

Wie die Tagespresse berichtet, hat der mächtigste deutsche Papierkonzern, die Feldmühle A.-G., Stettin, die erst im vergangenen Jahr ihren Einfluß in der deutschen Papierindustrie durch die Verschmelzung mit der Reisholzgruppe sehr stark ausgebaut hatte, jetzt seinen Machtbereich durch eine neue Aktion weiter ausgedehnt.

Das Unternehmen, das bei der Königsberger Koholyt A.-G. bereits seit dem Juni Aktienmehrheit besaß, hat jetzt das gesamte Kapital dieser Gesellschaft von 17,6 Millionen bis auf einen winzigen Rest in seine Hände gebracht. Zur Durchführung dieser Aktion wird der Feldmühle-Konzern sein Kapital von 26,6 auf 31,6 Millionen heraufsetzen und außerdem die Direktion ermächtigen, eine weitere Kapitalerhöhung um 4 Millionen bei gegebener Gelegenheit vorzunehmen.

Die Königsberger Koholyt A.-G. befaßt sich in der Hauptsache mit der Zelluloseproduktion und hat im letzten Jahre noch eine Dividende von 14 Proz., im Jahre 1928 sogar 16 Proz. ausgeschüttet, ist also eines der profitreichsten Unternehmungen in der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie. Der Feldmühle-Konzern hat durch diese Aktion seine schon überragende Stellung in der deutschen Papierindustrie zu einer nahezu monopolartigen Machtstellung erweitert.

Gereifte Verbandstreue!

In geselligem Kollegenkreis unterhielten wir uns kürzlich über das Thema: „Verbandstreue". Dieses Thema ist in der „Provinz", wo nur verhältnismäßig wenige Zahlstellen bereits vor Kriegsende bestanden, immer noch aktuell. Denn hier ist es noch frisch in der Erinnerung, daß die Vertrauenspersonen ihre Arbeit hauptsächlich darauf einstellen mußten, mehr oder minder große Teile der Mitgliedschaften zum Grundsatz der Verbandstreue zu bekehren. Gehörte es doch durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß ganze Belegschaften, die sich besserer Einsicht zufolge dem Verbande anschlossen, nach einiger Zeit glaubten, aus irgendwelchen Gründen seiner nicht mehr zu bedürfen. Kommt es zwar auch heute noch vor, daß „spar"süchtige Mitglieder wieder in den Sumpf der Unorganisierten zurückkehren, so bilden solche Fälle erfreulicherweise die berühmten Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Und diese Regel lautet: auch bei uns, die wir eine kaum zehnjährige gewerkschaftliche Vergangenheit haben, ist die Treue zum Verband herrschend geworden!

Was hat das für Ursachen? Wie kommt es, daß zum Beispiel die 30 Kollegen von der Firma X., die in früheren Jahren leider allzu häufig von ihren Austrittsrechten Gebrauch machten, heute in unerschütterlicher Treue zum Verband stehen und zu unseren aktivsten Mitgliedern gehören. Im Verlaufe unserer Unterhaltung, deren Gegenstand ja nicht ohne allgemeines Interesse ist, wurden auf diese Fragen die verschiedenartigsten Antworten gegeben.

Ein Kollege gab darauf folgende Antwort: Die Mitglieder haben sich im Laufe der Jahre so schwerwiegende Unterstützungsansprüche erworben, daß sie deren leichtfertige Preisgabe selbst als unklug betrachten.

Ein anderer Kollege meinte, die Mitglieder hätten inzwischen Zeit genug gehabt, die vorteilhafte Einflußnahme des Verbandes auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen klar und deutlich zu erkennen. Hinzu komme, daß die Mitglieder im Durchschnitt älter und damit bedächtiger im Urteil geworden seien.

Nicht unwesentlich, so bemerkte ein weiterer Kollege, sei auch in diesem Zusammenhang die von zahlreichen, ehemals unbeständigen Mitgliedern gewonnene Erkenntnis, welch reinliche und geregelte Arbeitsbedingungen in den Betrieben herrschen, deren Belegschaften unentwegt dem Verbande angehörten, während für Betriebe mit wankelmütigen Belegschaften regelmäßig das Gegenteil zutreffe.

So wurden der Ansichten noch viele zum besten gegeben, und jede hatte etwas Ernstes und Wahres für sich.

Dennoch aber hieße es die *idealen* Motive, die heute im wesentlichen die Treue zum Verband begründen, ganz gewaltig unterschätzen, wollte man die Ursachen der Verbandstreue lediglich auf dem Gebiete der rechnerischen Abwägung von materiellen Vor- oder Nachteilen erblicken. Es ist keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß ein weitaus überwiegender Teil unserer Mitglieder heute eine ungleich festere und klarere Einstellung zum gesamten sozialen Leben besitzt als in den ersten Nachkriegsjahren. Was trieb uns damals in der Provinz neue Mitglieder scharenweise zu? Der Zusammenbruch; die gewaltsam aufgerüttelte Einsicht, daß die Gewerkschaften zur Gestaltung neuer, besserer Verhältnisse im Staats- und Wirtschaftsleben berufen waren. Und als dann unter dem Druck einer grauenvollen Wirklichkeit alle einfältigen Erwartungen rücksichtslos zerrieben wurden, da blieben von den vielen, vielen neuen Mitgliedern allmählich nur diejenigen übrig, deren Herzen unter dem Eindruck der gewaltigen Geschehnisse immer noch ernster schlugen, deren Geister bereits nach kurzer Verbandszugehörigkeit von der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit befruchtet waren. Nicht wenige neugegründete Zahlstellen haben damals mehr als die Hälfte ihrer Mitgliedschaften verloren. Weshalb gingen diese Mitglieder wieder von uns? Nur deshalb, weil trügerische Hoffnungen enttäuscht werden mußten? Nein! Sondern weil ihr soziales Bewußtsein noch nicht entwickelt genug war, die geschichtliche Mission der Gewerkschaften als Glied der Arbeiterbewegung länger als nur kurze Zeitläufte hindurch zu ahnen.

Jahre sind seitdem vergangen. In zäher, zielbewußter Auf- und Ausbauarbeit wurde der Verband wieder zu großer innerer und äußerer Stärke geführt.

Heute ist die Verbandstreue der Kollegenschaft in den Nachkriegszahlstellen kein Problem mehr. Längst hat die Kollegenschaft das Abc gewerkschaftlichen Wissens begriffen, nämlich, daß der Verbandsbeitrag im Vergleich zu den schwerwiegenden materiellen Vorteilen alles andere eher als ein überflüssiges Opfer bedeutet. Darüber hinaus ist jedoch im weitesten Umfange erkannt worden, daß der Verband zu seinem Teile das Instrument einer *Klasse* ist, daß seine Zielsetzungen hinausragen über den Kampf um möglichst hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Es ist erkannt worden, daß der Verband die solidarische Zusammenfassung aller Einzelkräfte bedeutet, die ihrer sozialen Lage gemäß zusammengehören, weil sie nur so die notwendigen Kämpfe auf den vielseitigen Gebieten des sozialen Lebens führen können. Gewiß sind diese Erkenntnisse von den einzelnen Mitgliedern sehr unterschiedlich gewonnen worden. Im ganzen gesehen, bedeutet es jedoch einen unschätzbaren Erfolg, daß wenige Jahre genügt haben, um aus ehemals wankelmütigen Mitgliedern unerschütterlich treue Mitstreiter werden zu lassen.

Am Anfang der Verbandszugehörigkeit stand zweifellos in der Mehrzahl der Fälle nichts anderes als die egoistische Abschätzung der materiellen Vorteile. Diese an sich unbestreitbar primitive Einstellung ist im Laufe der Jahre durch Erfahrungen, Erkenntnisse, Lebensreife und Verantwortungsbewußtsein veredelt worden. Vom verhältnismäßig engen Blickfeld der gewerblichen Gegensätze aus hat sich der geistige Blick geweitet für jene allgemeinen Klassengegensätze, deren Überwindung dem einzelnen Kollegen oder der einzelnen Kollegin die Pflicht zu solidarischem Denken und zum Zusammenschluß im Verbande auferlegt.

Um es klar auszusprechen: ich glaube, daß der Stamm unserer Verbandsmitglieder im Gegensatz zu den ersten Nachkriegsjahren dem Verbande nicht *nur* deshalb die Treue hält, weil er in ihm den Regulierapparat für Lohn- und Arbeitsbedingungen erblickt, sondern daß diese Treue heute mitbegründet ist durch ein immer stärker erwachendes *Klassenbewußtsein!*

Hans Sator.

Wirtschaftliche Notwendigkeit oder Willkür?

Die gewerblichen Unternehmer haben sich dem allgemeinen Schrei der „Wirtschaft" nach Senkung der Löhne mit einem solchen Feuereifer angeschlossen, daß der Unbeteiligte glauben möchte, es handele sich um Sein oder Nichtsein des Gewerbes. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie bei den kommenden Lohnverhandlungen alles versuchen werden, ihre diesbezüglichen Absichten in die Tat umzusetzen.

Betrachtet man jedoch die Argumente, mit denen auf Unternehmerseite diese Absichten begründet werden, so ergibt sich, daß man im wesentlichen nur mit dem allgemeinen Schlagwort von der Notwendigkeit einer Unkostensenkung in der gesamten Wirtschaft operiert. Es fehlt — sehen wir von einschlägigen, daneben geglückten Versuchen ab — die präzise, klare Begründung, weshalb diese Unkostenrechnung nun auch im graphischen Gewerbe unerläßlich notwendig sein soll. Das berechtigt zu der Annahme, daß die Haltung der Unternehmer nicht bestimmt wird von den wirtschaftlichen Bedingungen des Gewerbes, sondern von der allgemeinen, antisozialen Strömung, die gegenwärtig die kapitalistische Klasse in verstärktem Maße beherrscht.

Für die Richtigkeit dieser Annahme haben die Unternehmer selbst einen Beweis geliefert, der schlechthin kaum zu bestreiten ist.

Die gewerblichen Unternehmer haben auf ihrer Hauptversammlung in Bad Harzburg beschlossen, ihre Mitglieder zu verpflichten, die übertariflichen Leistungs- und Sozialzulagen in ihren Betrieben nach Möglichkeit restlos abzubauen. Es gibt nicht allzuviel Betriebe, in denen sich dieser Beschluß nicht bereits praktisch ausgewirkt hat. Die Belegschaften, ihre Betriebsräte und Verbandsfunktionäre standen und stehen im heftigsten Abwehrkampf. Nur die allerwenigsten Unternehmer versuchen ernsthaft zu bestreiten, daß sie die Abbaubestrebungen lediglich im Auftrage ihrer Organisation verfolgen, vielfach wird das sogar offen zugegeben. In unzähligen Fällen läßt sich einwandfrei nachweisen, daß Betriebe mit Hochdruck arbeiten, daß in einzelnen Fällen sogar Betriebserweiterungen vorgenommen wurden, um die Aufträge bewältigen zu können, und trotzdem versuchten und versuchen die Inhaber derselben Betriebe, die Entlohnung der Belegschaften ohne Unterschied aufs nackte Minimum zu drücken. Wir haben zahlreiche Unternehmer angetroffen, denen es selbst außerordentlich fatal war, an derart unsinnigen und brutalen Machinationen überhaupt beteiligt zu sein. Und nicht wenige Unternehmer haben selbst auf die Gefahr hin, gesellschaftlichen Unannehmlichkeiten ausgesetzt zu sein, eingeleitete Abbauversuche im Anfangsstadium wieder abgebrochen, weil sie die Arbeitsleistungen ihres Personals nicht durch absolut überflüssige Provokationen herabmindern wollten.

Sind diese Tatsachen nicht der beste Beweis dafür, daß es der gewerblichen Unternehmerorganisation weniger auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Betriebe, als auf die Durchsetzung der allgemeinen, sozialreaktionären Ziele der kapitalistischen Klasse ankommt? Unbedingt! Man wende nicht ein, die Unternehmerorganisation wolle damit lediglich Vorarbeit leisten, für die angeblich notwendige Senkung des allgemeinen Lohnniveaus im Gewerbe. Die logische Folge der gekennzeichneten Abbaubestrebungen besteht doch nur darin, daß sich der Widerstand der betroffenen Kollegenschaft gegenüber dem geplanten Tariflohnabbau verzehnfachen wird.

Die gewerbliche Unternehmerorganisation hat eine Anweisung auf Lohnabbau herausgegeben, die mit wirtschaftlichen Gründen nicht gerechtfertigt werden kann. Entkleiden wir diese Anweisung aller pseudowirtschaftspolitischen Verbrämungen, so enthüllt sie sich in ihrer ganzen Schamlosigkeit als ein Ausfluß skrupelloser Willkür.

Es wird zu prüfen sein, ob die unternehmerseitigen Forderungen bei den kommenden Lohntarifverhandlungen nicht auf derselben Ebene liegen. nn.

Die Tarifverträge in Deutschland

Als Sonderheft der „Gewerkschafts-Zeitung" ist soeben bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Werk erschienen unter dem Titel: „Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929." Diese Schrift gibt die Ergebnisse der Tarifstatistik des ADGB. wieder und wurde von dem bekannten Statistiker Wladimir Woytinsky bearbeitet. Die wertvolle Schrift wird mit folgenden grundsätzlichen Erwägungen eingeleitet:

„Tarifverträge setzen heutzutage in Deutschland die rechtliche Basis für die Lebensbedingungen der Mehrheit der Arbeitnehmer fest. Tarifverträge sind das wichtigste Gebiet der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sie stehen im Brennpunkt des wirtschaftlichen Klassenkampfes, sie bilden das materielle Objekt heftiger Auseinandersetzungen über die staatliche Schlichtung, sie gehören zu den wichtigsten Hebeln des komplizierten Wirtschaftsmechanismus der neuen Zeit. Der Hochkapitalismus ist ohne ein System der Tarifverträge ebensowenig denkbar wie die moderne Industrie ohne Maschinen."

Jeder, der Auskunft über die Bedeutung des Tarifvertragswesens haben will, findet hier die notwendigen Unterlagen. Nach der Statistik des Statistischen Reichsamts standen Anfang 1928 8176 Tarifverträge für 912 006 Betriebe mit 12 267 440 Arbeitnehmern in Kraft. Nach Abzug der geltenden Angestelltentarife betrug die Zahl der Arbeitertarife 6501 für 10 625 248 Personen. Nach der Statistik des ADGB. waren Ende 1929 1515 Volltarife und 3266 Manteltarife in Kraft, die insgesamt für 10 076 619 Personen galten. Die Statistik des ADGB. kommt also den Ergebnissen der amtlichen Statistik sehr nahe. Die genannte Schrift ist ein wertvolles Dokument dafür, wie außerordentlich tief das System der Tarifverträge in das wirtschaftliche Leben eines Industriestaates eingreift. Die Lebensverhältnisse eines jeden einzelnen Arbeiters und Angestellten werden durch Tarifverträge geregelt. Gute Tarifverträge können *nur von starken Gewerkschaften* abgeschlossen werden. Wenn je eine Schrift die Notwendigkeit geschlossener Organisationen dartut, dann ist es das Sonderheft der „Gewerkschafts-Zeitung".

Es geht ihnen schlecht

Den Unternehmern nämlich. Sie können unmöglich die hohen Löhne weiterzahlen, die Gestehungskosten müssen durch einen radikalen Lohnabbau verringert werden. Nachher will man vielleicht — genau steht das noch nicht fest — über einen Preisabbau *reden*. Diesen Gedankengang können wir allen Unternehmerblättern entnehmen, am lautesten predigt darüber das reaktionärste Unternehmerblatt, die „Deutsche Bergwerkszeitung".

Daß der Großteil der Unternehmer die hohen Gewinne nach dem Ausland verschiebt, wird in dieser Presse schamhaft verschwiegen. Da finden wir nun in einer der letzten Nummern des oben zitierten Blattes ein Inserat, das so aussieht:

„Gelegenheit
zu vorteilhafter Verwendung von Schweizer Guthaben.

Aus Privatbesitz sind *abzugeben* für etwa 70 Mille 4½prozentige Hypotheken auf Geschäftshaus an bester Lage in großem Fremdenzentrum der Zentralschweiz. Offerten unt. Chiffre C 2186 Zg. an Publicitas A.-G. Zug (Schweiz)."

Sie haben ihre Sorgen, die Unternehmer. Sie wissen anscheinend nicht, wohin mit dem überflüssigen Mammon, was sie allerdings nicht hindert, weiter über ihre schlechte wirtschaftliche Lage zu jammern, die nur gebessert werden kann, wenn der Lohnabbau ... usw. Die Arbeiter haben immer gewußt, daß die Unternehmer schwindeln und halten auch jetzt das Gerede vom Lohn- und Preisabbau für faulen Zauber. Die Unternehmer werden sich gewaltig täuschen, wenn sie glauben, noch besondere Profite durch Lohnkürzung zu machen. Das wird ihnen bei uns mit und ohne Schlichter nicht gelingen.

Der Unternehmer spricht

Dies ist die Zeit der großen Not.
Und „Sparen!" heißt das Machtgebot,
Denn täglich kann die Lage sich verschärfen.
Drum muß, wer sein Geschäft versteht,
Die Löhne senken, wo es geht,
Und möglichst viele auf die Straße werfen.

Es bleibt uns keine andere Wahl,
Erscheint dies Vorgehn auch brutal,
Der Leitsatz lautet: „Produziere billig!"
Und wer da tief im Elend hockt,
Ist nicht mehr vorlaut und verstockt
Und selbst bei Hungerlöhnen arbeitswillig!

Und ist das Pack erst weich und klein,
Dann stellen wir es wieder ein,
Dann hat die Zeit der großen Not ein Ende.
Herr Brüning macht uns keinen Strich
Durch unsre Rechnung — sicher nich!
„Mit Gott für Trust und Dividende!"

Karl Kinndt im „Simplizissimus".

Der „Vorwärts" in der Kaiserkrone

Dieser Bericht entspringt einer absolut wahren Begebenheit, deren Urheber der Vater des Verfassers war. Die Redaktion.

Vor 36 oder 37 Jahren sah es in der Weltstadt Berlin noch anders im wirtschaftlichen und politischen Leben aus als heute. Nur die Metall- und Bauarbeiter waren damals in größerer Zahl zusammengeschlossen. Kein Wunder, daß demgemäß die Arbeitszeiten noch verhältnismäßig ungeregelt waren. Es gehörte speziell in den kleineren Handwerksbetrieben zur Selbstverständlichkeit, daß fast regelmäßig an den Sonntagen gearbeitet wurde. Man war das so gewöhnt. Mindestens aber wurde am Vormittag gearbeitet. Den Begriff der Sonntagsruhe kannte damals noch niemand, und die Geschäfte waren häufig auch am Sonntag wie an allen anderen Tagen bis in die späten Abendstunden geöffnet.

Zu dieser Zeit hatte das damalige Oberhaupt des Deutschen Reiches, S. M. Wilhelm II., eine auf ihm schwer lastende „Regierungssorge". Es wurde nämlich der von ihm eingesetzte Bußtag nicht genügend im Volke „geheiligt" und die Kirchen blieben ziemlich leer. Die arbeitende Bevölkerung kümmerte sich nicht um den Tag, sondern arbeitete heimlich. Als dies nun Wilhelm hinterbracht wurde, war er aufs äußerste entrüstet und erteilte dem Berliner Polizeipräsidium einen „geharnischten Befehl", energisch für die Heilighaltung des Bußtages zu sorgen. Jede Übertretung sollte mit äußerster Strenge bestraft werden. Die Folge war, daß die liebe Polizei eine fast förmliche Jagd veranstaltete und überall herumschnüffelte, ob sie nicht „Sabbatschänder in Arbeitskittern" hier und da fand. Die Beute war kolossal ergiebig, und die armen Sünder wurden in schwerste Polizeistrafen genommen!...

„Unglücklicherweise" wurde gerade zu dieser Zeit der berühmte „Weiße Saal" des Berliner Königlichen Schlosses durch Baumeister Ihne renoviert und damaliger Zeit entsprechend modernisiert. Bekanntlich war dieser Saal wohl der prunkvollste Raum dieses Gebäudes. Der Fußboden besteht aus künstlerisch ausgelegtem Parkett, die Wände aus weißem, grau geadertem Carrara-Marmor, und die Decke weist einen nach heutigem Geschmack fast überladenen ornamentalen Schmuck aus schwer vergoldetem Stuck auf. Die Modelle zu diesen kostbaren Stuckarbeiten wurden von den damals größten Künstlern im Modelleurfach geschaffen. Die Mitte der Deckenverzierung bilden nun vier Hauptfelder, in denen sich die Markgrafenkrone, die brandenburgische, Kurfürstenkrone, die preußische Königskrone und die deutsche Kaiserkrone, alle mit den dazu gehörigen Adlern im Wappen, befinden.

Nun hatte die Sache einen Haken:

S. M. erwartete ausgerechnet gerade in den nächsten Tagen den Besuch eines ausländischen hohen „Berufskollegen". Bis zu dessen Ankunft mußte der „Weiße Saal" zum würdigen Empfang unbedingt fertiggestellt sein. Aber ach, die Zeit war, trotz Hinweis auf Extragratifikation, denn doch recht knapp geworden. Was tun? — — „ER" wußte sich aber sehr gut zu helfen und setzte seinen selbsterlassenen Befehl zur unbedingten Arbeitsruhe am Bußtag für die Arbeiten im Königlichen Schlosse außer Kraft, es mußte dort also gearbeitet werden, und zwar unter Androhung der sofortigen Entlassung für den, der sich weigerte. Allerdings stand am nächsten Morgen in der damals einzigen sozialistischen Tageszeitung, dem „Vorwärts", der damals noch in der Beuthstraße bei Baader erschien, ein köstlicher, ironischer Leitartikel über die Bußtagsarbeiten im Schlosse. Nun war auch gleich in frühester Morgenstunde die liebe staatserhaltende Polizei eifrigst am Werke, die Nummer zu beschlagnahmen, was ihr fast restlos gelang — bis auf ein paar wenige fertige Exemplare, die in die Hände prominenter Gewerkschaftler kamen!

Nun galt das Ansetzen der vier Stuckkronen an die Decke für die damit Beauftragten als eine besondere Ehrung, ja als allerhöchste Gnade, als Anerkennung ihrer tüchtigen Leistungen! Es wurden also vier der zuverlässigsten Stuckkateure dazu bestimmt. Die Kaiserkrone anzusetzen, fiel einem Stuckkateur E. D. zu! Die Krone selbst ist etwa einen halben Meter breit und hatte vorläufig noch auf der Rückseite einen größeren Hohlraum. Wie es bei Bauarbeitern so Brauch ist, wurde auch an dem Tage nach dem Bußtag eine Flasche Bier zu den Frühstückspausen getrunken. E. D. war seltsam schnell mit dem Frühstücken fertig und verschwand dann unauffällig und eiligst. Mit Hilfe eines mitgebrachten Schwefelfadens schwefelte er die leergetrunkene Bierflasche aus, trocknete sie mit Sägespänen und durch Hineindrehen eines in Streifen zerrissenen Handtuches sorgfältig aus. Dann schob er das eng zusammengerollte Hauptblatt des „Vorwärts" mit dem ominösen Leitartikel in die Flasche, verschloß sie (es gab auch damals schon Patentverschluß) und steckte sie in die Gesäßtasche, was ja bei den Bauarbeitern gar nicht auffiel — da pfiff der Polier!

E. D. ging auf seinen Arbeitsplatz auf das Gerüst. Nun wurde der Hohlraum der Krone mit Gipsbrei gefüllt — ein schneller, kühner Griff nach hinten — klatsch — war die Flasche blitzschnell in den Gipsbrei mit eingedrückt. Und nun, bei der Größe des Stückes mit vereinten Kräften, heran mit der Krone an die Decke. Jetzt wurde sie noch zuverlässig verschraubt, mußte einige Tage trocknen und wurde dann durch die Vergolder reich vergoldet. — —

So erhielt auch der „Vorwärts"-Artikel einen „würdigen Rahmen"!

Später wurde die Geschichte allerdings verpfiffen, aber leider war in der Eile schon jedes Gerüst aus dem Saale entfernt. E. D. wurde natürlich sofort entlassen, bekam jedoch trotzdem, wie später jeder andere Arbeiter, eine Extragratifikation in Form einer Flasche „Chateau Marjeaux" aus dem kaiserlichen Weinkeller! Doch wurde die ganze Angelegenheit unterdrückt und totgeschwiegen. Jedenfalls hat Wilhelm II. niemals erfahren, welches eigenartige Geheimnis seine stolze deutsche Kaiserkrone birgt, und zwar noch bis zum heutigen Tage, denn die Flasche ist tatsächlich noch darin!

Auch niemand der oft zu Hunderten zählenden Besucher, die den Kunstsinn und die Pracht des verflossenen Herrschers bewundern, ahnt etwas davon.

Wann wird das einmal entdeckt werden?

Wie werden spätere Geschlechter in vielleicht kommenden Jahrhunderten, da sie ja die einzelnen Zusammenhänge nicht näher kennen, die ganze Geschichte aufnehmen und erklären?

Nationale Redeblüten

„Den Stimmzettel in der hocherhobenen Schwurhand, ein Auge stolz auf Bismarck, den reisigen Recken des verflossenen Kaiserreiches, das andere Auge tränend in den Dawesnebel der Zukunft gerichtet, so schreiten wir zwar gebeugt, aber dennoch innerlich aufgerichtet, dem Wind der besseren Zukunft entgegen, der, wenn wir sie recht bedienen, dieser Tage aus der hoffnungsträchtig geschwellten Wahlurne flattert!"

„Dieser marxistischen Krankheit, diesem roten Ausschlag, der den hehren Körper unseres Volksganzen befudelt und gleichzeitig alle Gehirne mit seinem flackernden Irrlicht umkrallt hält, dem werden wir, verlassen Sie sich darauf, mit der ganzen Kraft unserer Wissenschaft den Star stechen, auf daß wieder die alte Vätersitte, die gesunde und unteilbare Vernunft, die volkhafte, in die krachenden Rippen einziehe!"

„... und so stürzen wir uns denn, wir, des nationalen Gedankens letzte Gardisten, mit eiserner Entschlossenheit und wehendem Helmbusch in den Wahlkampf, nicht etwa, um der unaufhaltsam voranschreitenden Entwicklung einen Hemmschuh in den drohend aufgesperrten Rachen zu werfen, sondern vielmehr, um dem tollgewordenen Zahn der Zeit in die Zügel zu fallen und sie ihm aus der Hand zu nehmen ..."

„Sie werden sehen, meine sehr verehrten Zuhörer, der eherne Fuß der Geschichte schaudert nicht zurück vor der frechstirnigen Rabulistik eines Häufleins jüdischer Rechtsanwälte, sondern schreitet mit einem energischen Federzug über das ganze, einige Töne zu hoch gestimmte, saxophonisch klingende krause Völkerverbrüderungsgedudel der roten Internationale hinweg!"

„Ja, ja, die Toten reiten schnell, meine Herren! Sehen Sie Stresemann an, kaum gelebt, war er schon gestorben!"

(Aus dem „Wahren Jakob".)

Ist das Briefschreiben überlebt?

Ein englischer Psychologe, Dr. William T. Root, ist zu der welterschütternden Erkenntnis gekommen, daß nur die intelligenten Menschen eine schlechte Handschrift haben, weil sie zwanzigmal schneller denken als schreiben. Daß vielen Menschen aus dem Beruflichen die Gewandtheit des Schreibens und darum die „Intelligenz" der unleserlichen Handschrift fehlt, daß die meisten kaum Zeit zum Schreiben haben und darum beim Schreiben gehetzt wird, das ist dem englischen Psychologen offenbar nicht bekannt.

Das Tempo des heutigen Lebens frißt auch in unser Verhältnis zu Papier und Feder hinein. Telephon! Wieviel schneller und wieviel bequemer! Oder ein mündliches Sprechen, wenn man sich mal wieder trifft. Und so kommt es, daß auch die Briefe unmodern werden und meist nur die notwendigen Briefe noch geschrieben werden. Auch hier der Gedanke der Sachlichkeit.

So wartet Großmutter heute länger als früher, und auch bei Dichtern und Künstlern ist das gleiche der Fall. Sie haben in einer Rundfrage einer literarischen Zeitschrift ehrlich bekannt:

„Ich schreibe ungern Briefe", antwortete Lion Feuchtwanger der „Literatur" da frei und offen, „die über eine knappe, sachliche Mitteilung hinausgehen."

„Das Briefeschreiben war mir stets eine Last", antwortet ebenso Clara Viebig, „und wird es von Jahr zu Jahr mehr. Ich habe nie begriffen, welche Freude es unseren Müttern, Großmüttern, Urgroßmüttern gemacht haben kann, lange Briefe zu schreiben."

Und in gleicher Weise schreibt u. a. auch Waldemar Bonsels: „Ich entsinne mich nicht, jemals einen Brief anders als ungeduldig, rasch und zurückhaltend geschrieben zu haben."

Also keine Zeit. Tempo, Tempo! Genau wie bei uns. Und so wartet Großmutter schon so lange. Und uns selbst ärgert es auch. Da kann nur ein kurzer Entschluß die Befreiung bringen. Darum los! Sofort an den Tisch gesetzt und sogleich den lange fälligen Brief geschrieben an Tante Frieda!

Heimwärts im Zuge

Ich sitze im Zuge und mir gegenüber sitzt ein Arbeiter, der von der Arbeit kommt. Er sitzt am Fenster und blickt sinnend in den Abend hinaus. Woran mag er wohl denken?

Denkt er an die Arbeit? Denkt er an Weib und an Kind? Oder an Fremde? Oder an etwas, das er nachher daheim zu erledigen hat?

An etwas denkt er gewiß. Man merkt es. Doch dazu lebt noch etwas anderes in ihm. Es liegt da etwas so Tiefes in seinem Blick. Etwas Philosophisches ist da in seinem Sinnen. Er hat Feierstunde. Er ist einmal mit sich allein. Mitten im bunten Getriebe. Im fahrenden Zuge. Mitten zwischen plaudernden Menschen.

Haben wir solch sinnenden Blick nicht alle schon oft gesehen? Waren wir selber nicht alle schon einmal solche Philosophen?

Jeder hat auch solche stillen Stunden, in denen er sinnt und doch nicht sinnt. Solches Versunkensein in dem Unbewußten, dessen Bedeutung für das Bewußte wir jetzt durch die Forschung kennen.

Dann drängt da mitten ins nüchterne Wirklichkeitsleben so etwas Feierliches aus der Tiefe herauf. Und ein Sehnen lebt in uns. Solch ein feines und tiefes Sehnen.

Wonach? Nach uns selbst! Nach dem Menschlichen. Nach dem Feierlich-Menschlichen.

Ruck a bisserl

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung" lesen wir folgenden Gerichtsbericht:

Mitzi war die Freundin des Fritzl, doch will sie jetzt nichts mehr von ihm wissen. Er hat sie nämlich gebissen. Nur, weil sie ihm gesagt hat: „Ruck a bisserl", denn er lag bequem auf dem Diwan. Fritz soll für diesen Biß vom Fünfhauser Strafrichter Landesgerichtsrat Dr. Oclapina eine Strafe bekommen. Er ist aber nicht erschienen. Nur Mitzi ist da und erzählt dem Richter: Net, daß S vielleicht glauben, Herr Richter, i hab was ghabt mit eahm, es war nur a so a entfernte Bekanntschaft. No ja, obleugnen kann ich s net, daß er oft bei mir zu Besuch war, aber schlecht denken S net darüber, Herr Richter. D Muatta hat s eh a paarmal verboten, nämli dös Kommen von eahm, aber er is do immer wieder kommen, und allerweil hat er mi ghaut. — Richter: Da müssen Sie aber schon sehr gut miteinander gewesen sein. — Mitzi (verlegen): Na jo ... abstreiten kann ich's ja net ... Halt gern gsehn hab i eahm, bis er mi bissen hat... Und dös war a so: Mir war grad net recht gut, und er, der Fritzl, liegt am Diwan. Sag i eahm: „Ruck a bisserl, laß mi zubirutschn, i möcht aa a bißl was von dem Diwan." Er rutscht net. No, hab i eahm kratzt, aber nur a ganz klans bißl. Geht er net her und beißt mi mit aller Gewalt in den Oberarm? A so hoch war i gschwolln. Vierzehn Täg hab i mi verbinden müssn. I bitt schön, tan S eahm bestrafen, daß er waß, daß ma a Madl net so ohne weiteres beißen derf.

Fritz erhielt 30 Schilling Geldstrafe.

Aus Beruf und Leben

Fragen

21. Was ist Papyrus?
22. Welches ist die Zusammensetzung der Druckerschwärze?
23. Welche Materialien werden vornehmlich zur Herstellung des Zeitungspapiers verwandt?
24. Was ist ein Spektrum?
25. Wer ist der Erfinder der Papierfabrikationsmaschine?
26. Welches ist der Flächeninhalt eines Dreiecks, dessen Grundlinie 15 Zentimeter und dessen Höhe 11 Zentimeter beträgt?
27. Was kostet ein Kilogramm Gold?
28. Welches waren die Erfinder der Letterngießmaschine?
29. Wer ist der größte Papierverbraucher?
30. Was ist eine Pferdestärke?

Antworten

21. Der Papyrus ist eine staudenförmige Sumpfpflanze, die besonders im alten Ägypten an der Mündung des Nils in großen Mengen wuchs. Aus ihr bereiteten die Ägypter ihren Beschreibstoff, den sie ebenso wie die Pflanze Papyrus nannten und der späterhin natürlich unserem Papier den Namen gegeben hat, obwohl dieses seiner Beschaffenheit nach etwas ganz anderes ist.
22. Die Druckerschwärze ist ein Gemisch aus einer öligen Substanz und Ruß. Für die übliche Werk- und Zeitungsfarbe werden Schweröl, Paraffinöl und Kolophonium mit billigen Rußsorten, besonders dem aus Steinkohlenteer oder Petroleumrückständen gewonnenen Flammenruß, verwandt, wohingegen die feinere Druckerschwärze aus Leinöl und bestem Lampen- oder Gasruß bereitet wird.
23. Das Material für das beste Papier liefert der Flachs, der jedenfalls die beste Papierfaser ergibt. Doch wird nicht die Flachspflanze direkt für die Papierfabrikation verarbeitet, sondern nur die Reste von aus Flachs hergestellten Gewebstoffen, also Lumpen, ebenso auch Hanf- und Baumwollumpen. Für die Herstellung des gewöhnlichen Zeitungspapiers hingegen wird hauptsächlich das von Natur aus weiche und faserige Holz der Nadelbäume, wie Tanne, Kiefer, Fichte und Lärche verwandt.
24. Das Spektrum ist die Reihe der nebeneinanderliegenden Farben, in die das weiße Sonnenlicht durch geeignete Instrumente, besonders ein Prisma, zerlegt wird. Diese Farbenreihe ist: Rot, Orange, Gelb, Grün, Hellblau, Dunkelblau, Violett.
25. Der Franzose Louis Robert, ursprünglich einfacher Arbeiter, dann Werkmeister in der Papiermühle zu Essonne, verwirklichte als erster den Gedanken der Papierfabrikationsmaschine. Im Jahre 1799 konstruierte Robert die erste Maschine dieser Art und erhielt darauf ein Patent.
26. Der Flächeninhalt eines Dreiecks ist die Hälfte des Produktes aus Grundfläche und Höhe; in unserem Falle beträgt der Flächeninhalt des angegebenen Dreiecks mithin $\frac{15 \times 11}{2} = 82{,}5$ Quadratzentimeter.
27. Ein Kilogramm Gold kostet rund 2800 Mark und hat diesen Preis seit sehr langer Zeit unverändert beibehalten im Gegensatz zu allen anderen Metallen, deren Preise ständig erheblichen Schwankungen unterworfen sind.
28. Nach zahlreichen vergeblichen Versuchen von anderer Seite gelang im Jahre 1838 dem Amerikaner David Bruce, Inhaber einer Schriftgießerei und Buchdruckerei in New York, die Konstruktion einer wirklich brauchbaren Letterngießmaschine, die nach weiteren Verbesserungen allmählich den alten Handguß zu verdrängen begann.
29. Unter allen Nationalitäten hat der Engländer den größten Papierverbrauch, der im Durchschnitt 25 Kilogramm Papier im Jahr verbraucht, während in Deutschland jährlich 20, in der Schweiz 15, in Frankreich und Holland je 14, in Italien 7,5 und in Rußland nur 2,2 Kilogramm Papier auf den Kopf der Bevölkerung kommen.
30. Eine Pferdestärke ist die Leistung, in einer Sekunde ein Gewicht von 75 Kilogramm um einen Meter zu heben; diese Leistung wird auch als 75 Sekundenmeterkilogramm (abgekürzt: secmkg) bezeichnet.

Aus den Zahlstellen

Breslau. Am Donnerstag, dem 30. Oktober, hielt die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshaus eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Buchdruckerkollege Sporn sprach über: „Die Auswirkung der Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung.“ An Hand von Beispielen erklärte er die Auswirkung der Neueinteilung der Lohnklassen, der Verschlechterung im Krankenkassenwesen und der Ledigensteuer. Jugendliche unter 17 Jahren erhalten keinerlei Unterstützung. Besonders schwerwiegend ist die Bestimmung, daß 18 Monate hintereinander gearbeitet werden muß, ehe man eine Unterstützung der entsprechenden Lohnklasse erhält. Wer nicht mehr als 10 Mark wöchentlich verdient, scheidet aus der Arbeitslosenunterstützung vollständig aus. Eine weitere Verschlechterung liegt auch in der Antwartschaft auf Notstandsarbeit. Zur Abschaffung der Doppelverdiener fehlt leider die gesetzliche Grundlage. Hierauf erklärte der Redner die Verlängerung der Wartezeit von 7 auf 14 Tage und die Ausdehnung der Sperrfrist auf 6 Wochen, welche sogar bis 12 Wochen verlängert werden kann. Ein diesbezüglicher Einspruch muß innerhalb 14 Tagen erfolgen. Am Schluß seiner Ausführungen gab uns Kollege Sporn einen Einblick in die Tätigkeit der verschiedenen Spruchausschußkammern, welche gerade in den kleinen Städten und auf dem Lande sich für uns sehr ungünstig auswirkt, wenn keine tatkräftigen Arbeitervertreter vorhanden sind. Um die Arbeitslosigkeit zu dämmen, wird eine Herabsetzung der Arbeitszeit unbedingt erfolgen müssen. Mit der Aufforderung an die Versammelten, fest an der Organisation zu halten und dafür zu werben, schloß der Redner sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat. In der Aussprache wünschte Kollege Hartmann einen festeren Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft. — Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, dieses Jahr wiederum eine Weihnachtssammlung für unsere arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen zu veranstalten, und zwar zahlen männliche Mitglieder 3 Mark und weibliche 2 Mark. Die Versammlung beschloß ferner, daß von jetzt ab in jeder Versammlung alle Mitglieder, die mehr als 4 Beitragsreste haben, namentlich genannt werden sollen. Von einer demnächst stattfindenden Besichtigung der Sackerauer Papierfabrik wurde Kenntnis genommen. Kollege Malitzky gab bekannt, daß am 18. Januar nächsten Jahres im „Bergkeller“ zugunsten unsrer Arbeitslosen ein Maskenball stattfindet. Zum Schluß wurde auf einen Prospekt der Lindcar-Fahrradwerke hingewiesen, welche neben Fahrrädern auch Nähmaschinen zu den günstigsten Zahlungsbedingungen empfehlen.

Dresden. (Mitgliederversammlung am 23. Oktober 1930.) Am gleichen Tage, an dem unsere Versammlung stattfand, hatte die Sozialdemokratische Partei eine Versammlung in dem großen Gebäude des Zirkus Sarassani angesetzt, in der der Reichstagspräsident Genosse Löbe über die Gefahr und das wirkliche Gesicht der Nationalsozialisten sprach. Durch diese Versammlung war naturgemäß der Besuch unserer Versammlung sehr beeinträchtigt. Kollege Herrmann entschuldigte darum bei der Eröffnung der Versammlung den geringen Besuch und machte den Versammelten den Vorschlag, in Anbetracht der Wichtigkeit der Parteiversammlung, nur den ersten Tagesordnungspunkt, nämlich das Referat des Genossen Dr. Hans Müller, zu erledigen und dann die Versammlung zu schließen, da sicherlich von den Anwesenden noch viele die Parteiversammlung besuchen möchten. Dieser Vorschlag fand freudige Zustimmung und wurde einstimmig angenommen. Hierauf nahm Genosse Dr. Hans Müller das Wort zu seinem Vortrag: „Ist Lohnabbau das Mittel zur Hebung der Krise?“ Ausgehend von der Frage: Ist Lohnsenkung wirklich das einzige Mittel zur Belebung der Wirtschaft, erklärte der Vortragende, wenn keine Posten mehr vorhanden wären, an denen gespart werden könnte, als am Lohn, so müßte der Arbeiter in eine Lohnsenkung einwilligen. Daß diese Voraussetzungen nicht vorhanden sind, bewies der Redner in seinen folgenden Ausführungen. Krisen hat es schon von jeher gegeben, nur mit dem Unterschied, daß bei den früheren die Preise bei freier Konkurrenz der Unternehmer entstanden und die Krisen dadurch schnell überwunden wurden. In dem jetzigen kapitalistischen Wirtschaftssystem wird durch künstliches Eingreifen in die Preisbildung ein Sinken der Preise verhindert. Dies geschieht durch die Kartellisierung und Vertrustung der Betriebe, die dann einfach durch ihre Monopolstellung die Preise diktieren können. So ist es möglich, daß z. B. in der Eisenindustrie das Ausland das Eisen pro Tonne für 81 Mark erhält, während im Inland dafür 137 Mark verlangt werden. Die Wirkung dieser Preisdiktatur ist die, daß die Menge der umgesetzten Güter weniger wird und damit immer größere Arbeitslosigkeit erzeugt. Das Bestreben muß darum heute darauf gerichtet sein, unnötige Kosten in erster Linie abzuschaffen, bevor man an die Senkung der Löhne denkt. Ein Kenner der Wirtschaft, Professor Schupeter, äußerte in einem Leitartikel, die Rationalisierung, die eine Einschränkung der Produktionskräfte mit sich gebracht hat, würde wohl später Arbeitslose wieder aufnehmen, aber auch nur bei freier Konkurrenz der Unternehmer. Zurück zur freien Konkurrenz ist heute aber so gut wie unmöglich. Hier kann nur die Regierung eingreifen, indem sie durch eine sinngemäße Zollpolitik die Wirtschaftsgruppen zu einer vernünftigen Preispolitik zwingt. Dem Vortragenden wurde am Schlusse seiner Ausführungen lebhafter Beifall gespendet. Kollege Herrmann dankte dem Genossen Dr. Hans Müller im Namen der Anwesenden für seine belehrenden Ausführungen und schloß darauf die Versammlung.

Kempten (Allgäu). Am 2. November hielt unsere Zahlstelle eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, zu der auch Beiratsvorsitzender Albert Schmid (München) erschienen war. Nach allgemeiner Begrüßung gedachte Vorsitzender Wegmann unserer verstorbenen Kollegin Josefa Hehl sowie der verunglückten Bergarbeiter in Alsdorf und Maybach, was durch Erheben von den Sitzen bekundet wurde. Sodann ergriff Kollege Schmid das Wort: Zu Anfang seines Referats gab er einen kleinen Rückblick über die Lohnverhältnisse im graphischen Gewerbe, wo noch örtliche Vereinbarungen getroffen wurden. Weiter erklärte er die Bestimmungen im Reichstarif und ihre Verbesserungen. Sodann verwies er auf die Erweiterung der Verbandsunterstützung für Arbeitslose und auf die Einführung der Invalidenversicherung und deren Vorteile für die älteren Mitglieder. Über die Reichstagswahl wurde erwähnt, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft ihre Lage nicht erkannt habe, sonst hätte der Faschismus nicht so aufblühen können. Kollege Schmid kam auch auf die kommenden Lohnverhandlungen zu sprechen, welche sich diesmal äußerst schwierig gestalten werden, da die Unternehmer auf allen Gebieten Lohnabbau fordern. Von einem Preisrückgang der Waren und Lebensmittel ist so viel wie nichts zu spüren; im Gegenteil, die Zölle für Weizen, Gerste, Tabak sind in die Höhe gegangen, in Bayern kommt dazu die Schlachtsteuer. Ein Lohnabbau im Sinne der Unternehmer wird sich nicht durchführen lassen. Die Vertreter der Gewerkschaften werden alles daransetzen, einen Lohnabbau zu verhindern. Doch das kann nur gelingen, wenn sie das volle Vertrauen der Mitglieder haben und tatkräftige Unterstützung finden. Nach Erledigung kleinerer Zahlstellenangelegenheiten dankte Vorsitzender Wegmann Kollegen Schmid für sein Referat und schloß mit dem Appell an die Mitglieder, geschlossen zu ihren Führern zu halten, die Versammlung.

Wiesbaden. Die im Volkshaus tagende Quartalsversammlung am 18. Oktober 1930 hatte trotz der interessanten Tagesordnung einen sehr schlechten Besuch zu verzeichnen. Im geschäftlichen Teil gab der Vorsitzende drei Neuaufnahmen bekannt und bat die Kollegenschaft, alles daranzusetzen, bis der letzte Unorganisierte unserer Organisation zugeführt ist. Hauptthema des Abends war ein Vortrag: „Die Notverordnungen und ihre Auswirkung auf die Krankenversicherung“, zu welchem Genosse Regl von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wiesbaden gewonnen war. Redner schilderte das Zustandekommen der Notverordnungen im allgemeinen und ging dazu über, die für die Krankenversicherung in Frage kommenden Verordnungen näher zu beleuchten. Er führte ungefähr folgendes aus: Der Zweck der Notverordnungen ist darin zu suchen, die Ausgaben der Kassen um 10 Prozent zu senken und den Beitragssatz möglichst unter 6 Prozent zu halten, um damit zum Teil der notleidenden Wirtschaft zu helfen. Es wird aber nicht möglich sein, mit einem Beitrag unter 6 Prozent auszukommen, die Folge wird ein Leistungsabbau sein. Deshalb muß es Aufgabe der Kassenausschüsse sein, die Beitragssenkung zu verhindern, da die Unternehmerschaft sich nicht so leicht später zu einer Erhöhung der Beiträge verstehen wird. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wiesbaden beträgt der Beitrag ab 1. November 5,4 Prozent. Mit diesem Satz wird auszukommen sein unter der Voraussetzung, daß der Krankenstand derselbe bleibt und die Arbeitslosigkeit nicht noch größer wird, was aber unter den derzeitigen Verhältnissen noch dahingestellt bleiben muß. Es sollte auch Aufgabe der Betriebsräte sein, sich mit der Materie der Verordnungen vertraut zu machen, um den Versicherten mit Rat und Tat beistehen zu können. Die rege Aussprache zeigte, daß es sehr wichtig ist, solche Vorträge überall abzuhalten.

Rundschau

Zur Arbeitsmarktlage in unserem Verband. Von insgesamt 220 Zahlstellen haben für Oktober 176 über 14 420 männliche, 23 528 weibliche, zusammen 37 768 Mitglieder berichtet. Arbeitslos waren von diesen: 1872 männliche = 13,1 Prozent, 5245 weibliche = 22,3 Prozent, zusammen 7117 = 18,8 Prozent Mitglieder. Die Kurzarbeit verteilte sich auf 654 männliche = 4,6 Prozent, 2109 weibliche = 9 Prozent, zusammen 2763 = 7,3 Prozent Mitglieder. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen den Vormonat um 159, die der Kurzarbeiter um 336 gestiegen. 44 Zahlstellen haben die Berichtskarte nicht eingesandt; eine Nachlässigkeit, die besonders in der jetzigen Zeit weniger denn je in Erscheinung treten sollte.

Große Beunruhigung in der Beamtenschaft. Die in den Bereich der Möglichkeit gerückte Verlegung des Termins für die Kürzung der Beamtengehälter auf den 1. Januar 1931 hat in der gesamten Beamtenschaft eine Erregung ausgelöst, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Ohne auch nur mit den Spitzenorganisationen Fühlung zu nehmen und ohne die Gründe zu würdigen, die gegen den geplanten Schritt vorgebracht wurden, soll jetzt ganz plötzlich im Reichsrat der frühere Termin festgesetzt werden. Besondere Beachtung verdient der Umstand, daß der Versuch unternommen wird, den Termin der Gehaltskürzung in Verbindung zu bringen mit dem zu erwartenden Schiedsspruch für die Metallarbeiter. Zu diesem Zweck wurde das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß der Metallarbeiterverband bei einer amtlichen Stelle den Wunsch ausgesprochen habe, bei der Festsetzung des Termins auf den Schiedsspruch Rücksicht zu nehmen. Inzwischen wurde die dem Metallarbeiterverband unterstellte Forderung authentisch dementiert. Um darüber bei den amtlichen Stellen keinen Zweifel zu lassen, sah sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes veranlaßt, dem Reichsfinanzminister ein Telegramm zugehen zu lassen, in dem unter Bezugnahme auf die Dementierung des Gerüchtes gegen die beabsichtigte Vorverlegung der geplanten Gehaltskürzung energisch protestiert wird. Außerdem wurde bereits vorher dem Reichsrat eine umfassende schriftliche Darstellung zugeleitet, die die Auffassung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu der geplanten Maßnahme enthält.

Hinterhältigkeit der Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten hatten ihren Mitgliedern die Teilnahme am Metallarbeiterstreik mit schwülstigen Redensarten empfohlen. Der berüchtigte Goebbels hatte die Parole ausgegeben: „Nationalsozialisten! Stellt euren Mann! Kein Rad darf sich drehen und keine Hand darf ein Werkzeug in Bewegung setzen! Wer Streikbrecherarbeit leistet, wird aus der NSDAP. ausgeschlossen.“ Einige Tage später hatte der Landesverband der Metallindustriellen Sachsens zu einer Mitgliederversammlung auch Hitler eingeladen. Dieser aber kam nicht selbst, sondern schickte einen Vertreter, welcher bat, die Teilnahme der Nationalsozialisten am Streik zu entschuldigen. Ein Verbot wäre nicht möglich gewesen, weil sonst die Berliner Arbeiter in Massen zur Sozialdemokratie übergetreten wären. So sieht diese angebliche deutsche Arbeiterpartei aus. Hinterhältigkeit und Zwiespältigkeit bei jeder Frage.

Die „Freie Rudervereinigung 1913“ in Berlin (Mitglied des A. T. u. Sp. B.), die nur freigewerkschaftlich organisierte Mitglieder aufnimmt und in der Mehrzahl aus Buchdruckereiarbeitern besteht, legt Wert darauf, in unserm Verbandsorgan auf die von dem Verein neu eingerichteten Ausbildungskurse im Rudern hinzuweisen. Eine gründliche und sportgerechte Ausbildung ist gewährleistet. Die Kurse beginnen im Bootshaus in Oberschöneweide, Spreestr. 1—4, in der Ruderanlage des Treptower Realgymnasiums, Neue Krugallee 14/16, Montags von 20 bis 22 Uhr. Anmeldungen an Hermann Madsack, Berlin N. 31, Swinemünder Straße 90, oder Montags in der Ruderanlage. Gäste stets willkommen.

Literatur

Dr. Max Adler: **Lehrbuch der Materialistischen Geschichtsauffassung** (Soziologie des Marxismus). 1. Band: Allgemeine Grundlegung. 256 Seiten, Großoktav. Kartoniert 4 M., Leinen 5,75 M. Originalausgabe 4,25 M. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Von diesem Werk des bekannten marxistischen Soziologen liegt jetzt der erste Band vor. Er behandelt die allgemeinen Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung; der zweite Band, der März 1931 erscheinen wird, bringt die Darstellung der besonderen Form- und Entwicklungsbegriffe dieser Lehre. Zum ersten Male liegt hier eine Arbeit vor, die nicht nur eine literarisch-kritische Zusammenfassung der zerstreuten Stellen von Marx und Engels über die materialistische Geschichtsauffassung gibt, sondern darüber hinaus zur Herausarbeitung ihres einheitlichen Sinnes und zur Weiterbildung desselben im Sinne moderner wissenschaftlicher Arbeit schreitet. Die sozialistische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit wird dieses Buch als einen unentbehrlichen Helfer für ihre Zwecke begrüßen, als Lehrbuch für Arbeiterschulen und Bildungskurse, als Hilfsbuch für Lehrer und Referenten, als Studienbehelf in Arbeiterbibliotheken und Arbeitsgemeinschaften.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 10, 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M. In dem neuerschienenen 10. Heft der „Arbeit“ versucht der bekannte Soziologe Professor Dr. Theodor Geiger, in einer großangelegten Untersuchung den sozialen Standort des alten und neuen Mittelstandes zu bestimmen, wobei er zu dem Resultat kommt, daß den beiden Mittelständen eine Kollektivideologie fehle, die ihrer Schichtlage entspricht. Das aber sei die Voraussetzung, um mit der Durchschlagskraft einer sozialen Schicht von eigenem gesellschaftlichen Gestaltungswillen aufzutreten. Der Nationalsozialismus verdanke seinen Wahlerfolg im wesentlichen dem alten und neuen Mittelstand. Der Erfolg beruhe aber nicht auf dem nationalen Programm des Nationalsozialismus, sondern darauf, daß er kein positives, rein rationales Programm habe. Von besonders aktueller Bedeutung ist der Aufsatz von Franz Spliedt „Regierungsprogramm und Überwindung der Arbeitslosigkeit“. Der Aufsatz ist einerseits eine eingehende Begründung der Vorschläge, die der ADGB. im Oktober des Jahres der Öffentlichkeit unterbreitet hat, andererseits geht er über die dort erhobenen Forderungen hinaus und versucht der Arbeitslosenversicherung neue Einnahmequellen zu eröffnen. So wird unter anderem vorgeschlagen, die Beamten sowie die Angestellten, soweit sie nicht der Arbeitslosenversicherung bereits unterliegen, mit vier vom Hundert ihres Gehaltes an den Lasten der Arbeitslosenversicherung zu beteiligen.

Der kommunale Kredit lautet das Referat, das Genosse Brauer, Oberbürgermeister in Altona, auf dem Preußischen Städtetag in Dresden hielt. Das soeben erschienene Heft 21 der Zeitschrift **„Die Gemeinde“** bringt dieses Referat im Wortlaut. Heftpreis 0,50 M. Bestellungen nehmen alle Volksbuchhandlungen, Postanstalten und der Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, entgegen.

Josef Maria Frank: **„Das Leben der Marie Szameitat.“** Roman. 332 Seiten, Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW. 61. 1930. Preis 4,80 M. (Ausstattung und Typographie von Jan Tschichold-München.) Ein Frauenroman, ein Buch, das alle Frauen angeht, weil es ihre Sache verficht, und nicht zuletzt die Männer auch, weil ihre Sache mit der der Frauen steht und fällt. Ein wichtiges und notwendiges Zeitdokument und wiederum ein großes Kunstwerk, weil es kein Tendenzwerk ist. Nichts als das einfache Leben eines Menschenkindes unserer Zeit, das — vom Liebeserleben mißhandelt — aus der dumpfig fesselnden Luft masurischer Landarbeitererde mit all ihrem großen Sehnen und Streben in die Millionenstadt Berlin verschlagen wird. „Hier ist Marie“ — wie es auf einer dieser filmdramatisch packend vorübergleitenden Seiten heißt — eine in der Million der Mütter. Hier heiratet sie, um den Kampf mit dem Leben, das in dieser Stadt kein Erbarmen und kein Risiko kennt, mutig und siegwollend aufzunehmen. Hier bringt sie Kinder zur Welt, für die zu arbeiten sich lohnt. Hier geht sie an die bedingungslose Durchführung ihres guten und tapferen Willens — man wird sehen, wie und zu welchem Ende... Marie — der ‚unbekannte Soldat‘ in der großen Kameradschaft der Mütter in den Mammutstädten...“ Alles in allem: ein gutes, tapferes, wichtiges und notwendiges Buch! Und vor allem: kein krasser Tendenzroman, sondern ein ehrliches, reines und schönes Kunstwerk, dem eine Riesengefolgschaft nur zu wünschen ist.

Vidocq: **Vom Galeerensträfling zum Polizeichef.** Die seltsame Lebensgeschichte Eugène-François Vidocqs, von ihm selbst erzählt. Mit einem Bildnis des Verfassers. Deutsche Übertragung und Bearbeitung von Bernhard Jolles. 380 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW. 61. 1930. Preis 4,80 M. (Für Mitglieder Sonderpreis.) Seltsam genug ist diese Lebensgeschichte, die kurz vor der großen französischen Revolution anhebt und in der Restauration nach dem Sturze Napoleons abschließt. Sie ist der Bericht über ein Abenteurerleben, wie es phantastischer keine Dichterphantasie sich ausdenken kann. Und doch ist sie nicht das Produkt eines geschickten, auf Sensationen erpichten Literaten, sondern historische Wahrheit! Dieser Vidocq hat tatsächlich nach einem wilden Leben, das ihn mehrfach in die Gefängnisse und Bagnos führte, in den Jahren 1812 bis 1827 die Pariser Sicherheitsbrigade geführt. Der große französische Dichter Balzac, der Vidocq auch persönlich kannte, nannte seine Erinnerungen „eines der eigenartigsten und fesselndsten Memoirenwerke der Weltliteratur“. Dieses Urteil besteht auch heute noch zu Recht. Wer sich durch ein spannendes Buch über seinen Alltag emporheben lassen will und wem dabei die landläufigen Sensations- und Kriminalromane nicht genügen, der wird dem vortrefflichen Übersetzer und dem Bücherkreis für diese Neuausgabe der Erinnerungen Vidocqs dankbar sein.

„Kampf dem Hakenkreuz.“ Von Adolf Schlucks. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 20 Pf. Die Broschüre wirkt wie ein gewaltiges Signal zur entschlossensten Abwehr des organisierten Ansturms der hakenkreuzlerischen Braunhemden.

Am 8. November verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege

Stanislaus Tarnowski

(z. Zt. arbeitslos)

im Alter von 54 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt dem Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Leipzig.

Nach längerer Krankheit verstarb unsere langjährige Kollegin

Josefa Hehl

(in der Firma Nicolaus)

im Alter von 65 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Kempten (Allgäu)

Abrechnungen

In der Woche vom 3. bis 8. November sind die Abrechnungen des dritten Quartals für die Gaue 6a aus Leipzig, 8 aus Berlin und 10 aus Hamburg bei der Hauptkasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Dresden: 9453,50 M.

Berlin, den 8. November 1930. H. Lodahl.

Für die Woche vom 9. November bis 15. November ist die Beitragsmarke in das 46. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 5. Fernspr.: Amt Westend 1328. — Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.